

## Fragen

für die Fragestunde der 123. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 23. September 2015

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24,25	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4,30
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	1,2	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19,20
Dr. Brantner, Franziska (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21,46	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42,43
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	22,23	Renner, Martina (DIE LINKE.)	28,29
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17,18	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3,8
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44,45	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6,7	Schauws, Ulle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34,35
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	15,16	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14,36
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	31,32	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37,38
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	26,27	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	12,13
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	33	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	40,41
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9,10		
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5,11		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ..	4
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes.....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie...	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts .....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern.....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz .....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr  
und digitale Infrastruktur**

1. Abgeordneter  
**Herbert Behrens**  
(DIE LINKE.)      Wie genau soll das Beteiligungsverfahren zum Bundesverkehrswegeplan ablaufen, und wie ist der Zeitplan?
  
2. Abgeordneter  
**Herbert Behrens**  
(DIE LINKE.)      Wann werden der Bundesverkehrswegeplan und die Baugesetze dem Plenum des Deutschen Bundestages zugeleitet?
  
3. Abgeordnete  
**Tabea Rößner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Aus welchen Etats kommen die 0,3 Mrd. Euro aus Bundesmitteln für den Breitbandausbau (siehe Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 18/6020, und in welcher Form sollen sie genau verwendet werden?)

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

4. Abgeordneter  
**Christian Kühn**  
(Tübingen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Ist der Vorschlag der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara Hendricks, zur Verdopplung der sozialen Wohnraumförderung innerhalb der Bundesregierung abgestimmt, und wann wird die Bundesregierung einen Antrag hierzu vorlegen?
  
5. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Was unternimmt die Bundesregierung gegen die nach meinen Information angestellten Überlegungen, die Förderung der Atomkraft erstmals zu einem Teil der Klimainvestitionsstrategie der Europäischen Investitionsbank zu machen, und wie wird die Bundesregierung sich in dem Board of Governors Meeting am 22. und 23. September 2015 diesbezüglich, ggf. auch bei Abstimmungen, verhalten?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

6. Abgeordneter  
**Kai Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Bestandteile hat das Maßnahmenpaket zur Integration von Geflüchteten an Hochschulen, welches die Bundesministerin Johanna Wanka am 17. September 2015 im Interview mit der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ angekündigt hat (bitte aufschlüsseln nach Projekten, Laufzeit, Umfang der Förderung, Anzahl der Plätze, benötigten Aufenthaltstitel von Teilnehmenden, benötigten Vorqualifikationen von Teilnehmenden, Anzahl zusätzlicher Beschäftigter an Hochschulen und ausführenden Organisationen, Kosten der einzelnen Projekte, Verankerung im Bundeshaushalt), und wann sollen die einzelnen Projekte des Maßnahmenpakets jeweils anlaufen?
7. Abgeordneter  
**Kai Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Umstand, dass einerseits im Datenschutzkonzept zur Nationalen Kohorte (NAKO) eine kommerzielle Nutzung der erhobenen Daten ausgeschlossen wird, andererseits aber als Bestandteil der Aufklärung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Hinweis auf „die erlaubte Nutzung in Kooperation mit Drittmittelgebern“ erfolgt (vgl. Datenschutz- und IT-Sicherheitskonzept der Nationalen Kohorte in der Fassung vom 16. März 2015, Abschnitt 2.4, Seite 17) und in den aktuellen Einwilligungserklärungen ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass kooperierende Drittmittelgeber eventuell kommerzielle Zwecke verfolgen können (vgl. [www.nationale-kohorte.de/einwilligungserklaerungen.html](http://www.nationale-kohorte.de/einwilligungserklaerungen.html), jeweils Abschnitt 1.3), und warum wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der NAKO nicht die Möglichkeit gegeben, eine so genannte „abgestufte Einwilligung“ zur Nutzung ihrer Daten für verschiedene Zwecke abzugeben, durch die sie an der Entscheidung über die konkrete Verwendung ihrer Daten beteiligt würden?

### **Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes**

8. Abgeordnete  
**Tabea Rößner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe in Euro sind bisher im laufenden Jahr beim Deutschen Filmförderfonds (DFFF) Anträge auf Produktionsförderung eingegangen, für die vollständige Antragsunterlagen vorliegen und bei denen die Bewilligungsvoraussetzungen erfüllt sind, und auf welche Höhe in Euro beliefen sich ebensolche Anträge zum gleichen Zeitpunkt jeweils nach Jahren differenziert in den vergangenen acht Jahren?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie**

9. Abgeordnete  
**Sylvia Kötting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass nach den Regelungen des am 2. September 2015 von ihr in die Länder- und Verbändeanhörung gegebenen Referentenentwurfs eines Gesetzes zur Konzernnachhaftung im Nuklearbereich die vom E.ON-Konzern geplante Unternehmensausgliederung namens Uniper im Sinne des Entwurfes nicht für den künftigen E.ON-Konzernbereich haften müsste (vgl. hierzu Pressemitteilung der E.ON SE vom 9. September 2015 und Bundestagsdrucksache 18/5873), und inwiefern beugen die Regelungen des Entwurfs bereits vollständig einem Haftungszug durch Auslagerung von Vermögenswerten vor oder nicht vor?
10. Abgeordnete  
**Sylvia Kötting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann sollen nach aktuellem Stand der Bundesregierung die Ergebnisse des von ihr beauftragten sogenannten Stresstests des Systems der Rückstellungsbildung (hinsichtlich der Kosten für den Atomkraftwerke-Rückbau und die Atommüll-Entsorgung) der atomkraftwerkebetreibenden Energiekonzerne vorliegen, und hält die Bundesregierung es noch für realistisch, dass die von ihr geplante Kommission zur Frage des Reformbedarfs bei diesem System ihre Ergebnisse bis Ende November 2015 vorlegen kann (vgl. hierzu Artikel „Die Regierung mauert Atomkonzernen den Fluchtweg zu“, Frankfurter Allgemeine Zeitung

vom 5. August 2015 in Verbindung mit betreffendem Parteivorsitzenden-Beschluss von Anfang Juli 2015)?

11. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie sieht der weitere Zeitplan zum Konzernhaftungsgesetz und Stresstest aus (bitte unter Angabe des weiteren Prozesses bzw. wann die Ergebnisse des Stresstests veröffentlicht werden sollen)?
  
12. Abgeordneter  
**Hubertus Zdebel**  
(DIE LINKE.)

Welche aktuellen Erkenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich bestehender Risiken mit Blick auf den Wert und die Verfügbarkeit der bei den AKW-betreibenden Unternehmen (AKW: Atomkraftwerk) gebildeten Entsorgungsrückstellungen, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass die in einer vorab bekannt gewordenen Berechnung eines Stresstests nach einem vorläufigen Gutachten, das die Bundesregierung in Auftrag gegeben hat, betrachteten Rückstellungen der AKW-betreibenden Unternehmen um rund 30 Mrd. Euro aufgestockt werden müssten, um den Atomausstieg zu bewältigen ([www.rp-online.de/wirtschaft/unternehmen/eon-rwe-enbw-und-vattenfall-fehlen-30-milliarden-an-rueckstellungen-aid-1.5394848](http://www.rp-online.de/wirtschaft/unternehmen/eon-rwe-enbw-und-vattenfall-fehlen-30-milliarden-an-rueckstellungen-aid-1.5394848); [www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/rueckstellungen-der-energieversorger-im-stresstest-13805083.html](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/rueckstellungen-der-energieversorger-im-stresstest-13805083.html))?
  
13. Abgeordneter  
**Hubertus Zdebel**  
(DIE LINKE.)

Wie ist der Sachstand hinsichtlich der Besetzung – neben den bereits genannten Mitgliedern Klaus Töpfer, Jürgen Trittin und Michael Vassiliadis – der von der Bundesregierung für September 2015 angekündigten neuen Kommission für die Atomrückstellungen, deren Gründung die Vorsitzenden von CDU, CSU und SPD Anfang Juli 2015 beschlossen haben und die im Einvernehmen mit den Koalitionsfraktionen klären soll, wie die Absicherung der finanziellen Verantwortung für den Rückbau, die Stilllegung der Atomkraftwerke und die Endlagerung des Atommülls am besten erfolgen kann ([www.rp-online.de/wirtschaft/bund-will-atomkonzernen-milliarden-entziehen-aid-1.5331791](http://www.rp-online.de/wirtschaft/bund-will-atomkonzernen-milliarden-entziehen-aid-1.5331791))?

14. Abgeordnete  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung gewährleisten, dass der Exportgrundsatz „Neu für Alt“ (NfA) bei Waffenlieferungen tatsächlich angewandt wird, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Berichterstattung, wonach bei Exporten von G36-Gewehren und Maschinenpistolen der Firma Heckler & Koch in den Jahren 2006 bis 2008 dieser Grundsatz umgangen wurde und die Bundesregierung danach trotzdem weitere Ausfuhren von 7 700 G36-Sturmgewehre sowie 3 200 MP5 Maschinenpistolen mit der Begründung genehmigte, trotz fehlender Umsetzung des Grundsatzes NfA sei das besondere außenpolitische Interesse an der Ausfuhr gerechtfertigt ([www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de) vom 15. September 2015 und [www.taz.de/!5227122/](http://www.taz.de/!5227122/)), und wie stellt sich die Bundesregierung dieser Verantwortung – als genehmigende Instanz der Waffenexporte nach Mexiko – mit Blick auf den am 26. September anstehenden Jahrestag des Massakers in Iguala und darauf, dass deutsche G-10 Sturmgewehre bei diesem Angriff der Polizei auf die Studenten benutzt wurden, etwa durch Unterstützung bei der Aufklärung des Geschehens?
15. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Weshalb stehen die im Jahr 2008 an Mexiko gelieferten Gewehre nicht im Rüstungsexportbericht 2008 ([www.swr.de/toedliche-exporte-deutschland/g36-handel-fehlt-im-ruestungsexportbericht/-/id=15907630/did=16160048/nid=15907630/132cmw9/index.html](http://www.swr.de/toedliche-exporte-deutschland/g36-handel-fehlt-im-ruestungsexportbericht/-/id=15907630/did=16160048/nid=15907630/132cmw9/index.html)), und sind der Bundesregierung in diesem Zusammenhang weitere Waffenlieferungen bekannt, die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle genehmigt wurden und die nicht von den Rüstungsexportberichten der letzten zehn Jahre erfasst wurden?
16. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung, angesichts des Krieges und der katastrophalen Lage für die Menschen im Jemen, wo bereits 80 Prozent von humanitärer Hilfe abhängig sind und Saudi-Arabien weiterhin Hilfstransporte blockiert, die Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und seine Bündnispartner Katar und die Vereinten Arabischen Emirate einstellen ([www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59202](http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59202))?

17. Abgeordnete  
**Katharina Dröge**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung erläutern, wie sie aufgrund von Kapitel 34 Artikel X.02 Absatz 2 des Entwurfes zum Freihandelsabkommen CETA zwischen der Europäischen Union (EU) und Kanada zu der Auffassung kommt, dass der CETA-Hauptausschuss nur Empfehlungen aussprechen und nicht Entscheidungen treffen kann, angesichts der Tatsache, dass in Kapitel 30 Artikel X.03 Absatz 2 des CETA-Entwurfes von Entscheidungen („The decisions taken shall be binding on the Parties [...]“) gesprochen wird, und angesichts der Tatsache, dass in Kapitel 30 Artikel X.03 Absatz 3 des CETA-Entwurfes explizit zwischen Empfehlungen (recommendations) und Entscheidungen (decisions) unterschieden wird?
18. Abgeordnete  
**Katharina Dröge**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ergibt sich aus Sicht der Bundesregierung zwingend ein Ratifikationserfordernis an das Kapitel 34 Artikel X.02 Absatz 2 des CETA-Entwurfes?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes**

19. Abgeordneter  
**Omid Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen ist die Menschenrechtssituation in Usbekistan über die Behandlung der EU-Zentralasienstrategie hinausgehend seit dem Jahr 2010 nach meiner Kenntnis kein expliziter Tagesordnungspunkt auf der Agenda des EU-Außenministerrates mehr, obwohl keine Verbesserung der Menschenrechtssituation im Land zu beobachten ist?
20. Abgeordneter  
**Omid Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung angesichts der Menschenrechtsverletzungen in Usbekistan den Druck auf die usbekische Regierung zu erhöhen und aktiv eine unverzügliche Befassung des EU-Außenministerrates mit der Menschenrechtssituation in Usbekistan in die Wege zu leiten?

21. Abgeordnete  
**Dr. Franziska Brantner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Pläne verfolgt die Bundesregierung im Rahmen der EU, der UNO oder bilateral, ihr humanitäres Engagement in den von der Flüchtlingsproblematik besonders betroffenen Nachbarstaaten Syriens auszuweiten?
22. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Ist es nach Ansicht der Bundesregierung mit demokratischen Grundsätzen vereinbar, dass der Präsident der Ukraine Sanktionslisten nicht genehmer Politiker und Journalisten, unter anderem gegen den deutschen Journalisten Michael Rutz (früherer Chefredakteur der Wochenzeitung Rheinischer Merkur sowie außerdem für Die Zeit und Frankfurter Allgemeine schreibend, [www.president.gov.ua/storage/j-files-storage/00/10/80/2d4767fb72f7b288e15059d6867f9a3c\\_1442423766.pdf](http://www.president.gov.ua/storage/j-files-storage/00/10/80/2d4767fb72f7b288e15059d6867f9a3c_1442423766.pdf)) – aus Sicht der Fragestellerin wahrscheinlich wegen seiner Mitgliedschaft im Vorstand des Deutsch-Russischen Forums e. V. ([www.deutsch-russisches-forum.de/index\\_php?id=13](http://www.deutsch-russisches-forum.de/index_php?id=13)) sowie im deutschen Lenkungsausschuss des deutsch-russischen Petersburger Dialogs ([www.petersburger-dialog.de/taxonomy/term/13?page=2](http://www.petersburger-dialog.de/taxonomy/term/13?page=2)) – am 16. September 2015 in Kraft setzte, und hat diese Einschränkung auf die Pressefreiheit Auswirkungen auf die deutschen Finanzhilfen an die Kiewer Regierung?
23. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis bezüglich des für den 1. November 2015 in der mehrheitlich von russischsprachigen ethnischen Ukrainern besiedelten nordmoldauischen Stadt Bălți geplanten Autonomiereferendum ([www.dw.com/de/chisinau-in-der-russischen-zange/a-18490412](http://www.dw.com/de/chisinau-in-der-russischen-zange/a-18490412)) Parallelen zur moldauischen Region Gagausien, in welcher es im Zuge der EU-Assoziierung zu einer Kürzung der Mittel aus dem Staatshaushalt sowie eine höhere Abhängigkeit von der Zentralregierung gekommen ist ([www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2014-03-10/gagauzia-growing-separatism-moldova](http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2014-03-10/gagauzia-growing-separatism-moldova)) und dadurch entsprechende Autonomiebestrebungen befördert wurden, und inwieweit kann die Bundesregierung bestätigen, dass die gagausischen Produkte laut dem damaligen gagausischen Gouverneur Mihail Formuzal auf dem russischen Exportmarkt gut abgesetzt werden können und auf dem Markt der EU wahrscheinlich kaum Chancen hätten ([www.dw.com/en/moldovas-gagauz-region-leans-toward-moscow/a-17504239](http://www.dw.com/en/moldovas-gagauz-region-leans-toward-moscow/a-17504239)), wodurch die EU-Assoziierung der Republik Moldau möglicherweise

zu einer Zerstörung der bisher dominierenden sozioökonomischen Verhältnisse in Gagausien führen könnte?

24. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
**(Köln)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie stellt die Bundesregierung jederzeitige und uneingeschränkte Inspektionen undeklarierten nuklearen Materials oder von Aktivitäten im Widerspruch zu JCPOA (Joint Comprehensive Plan of Action) durch die P5+1-Staaten bzw. die International Atomic Energy Agency (IAEA) vor dem Hintergrund der Frist von 24 Tagen in den Vertragspunkten 74 bis 78 des JCPOA und Presseberichten, die von einer Überschreitung der 24-Tage-Frist ausgehen (WALL STREET JOURNAL vom 21. Juli 2015), sicher, und worauf bezieht sich die Berichterstattung über angebliche Zusatzverträge (DIE WELT vom 21. August 2015) im Einzelnen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

25. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
**(Köln)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Aufgrund welcher rechtlichen Erwägungen hält die Bundesregierung die Wiedereinführung von Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze für vereinbar mit den Vorgaben der Artikel 23 ff. des Schengener Grenzkodex vor dem Hintergrund, dass „Migration und das Überschreiten der Außengrenzen durch eine große Anzahl von Drittstaatsangehörigen [...] nicht an sich als Gefahr für die öffentliche Ordnung oder die innere Sicherheit betrachtet werden [sollte]“ (Erwägungsgrund 5 der Verordnung (EU) Nr. 1051/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013), und inwiefern haben Konsultationen mit den anderen Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission im Sinne von Artikel 24 Absatz 3 und 4 des Schengener Grenzkodex stattgefunden?

26. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)

Welche Haltung vertritt die Bundesregierung auf Ratsebene zur Initiative der luxemburgischen EU-Präsidentschaft, mit der die Europäische Kommission angehalten wird, dem Rat die Wiedereinführung von Grenzkontrollen in einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach Ar-

tikel 26 der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 (Festlegung einer gemeinsamen Regelung für die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen unter außergewöhnlichen Umständen) zu empfehlen ([www.statewatch.org/news/2015/sep/eu-council-migration-state-of-play-11782-15.pdf](http://www.statewatch.org/news/2015/sep/eu-council-migration-state-of-play-11782-15.pdf)), damit dieser die Empfehlung dann annehmen kann, und hinsichtlich welcher Mitgliedstaaten sollte aus Sicht der Bundesregierung eine solche Empfehlung für Kontrollen „an allen oder bestimmten Abschnitten ihrer Binnengrenzen“ ausgesprochen werden (bitte begründen, sofern sich die Begründung für jedes einzelne Land unterscheidet, diese jeweils darlegen)?

27. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)

Welche Details sind der Bundesregierung aus ihrer Mitarbeit in entsprechenden Ratsarbeitsgruppen, der Teilnahme im Frontex-Verwaltungsrat oder sonstigen Frontex-Zusammenarbeitsformen über Zeiträume, Einsatzmittel und Teilnehmende an einer „Soforteinsatzübung REX 2015“ (Rapid Intervention Exercise) von Frontex in Griechenland bekannt, mit der „die Fähigkeit Griechenlands zur Reaktion auf den Migrationsdruck an der griechischen Grenze zur Türkei gestärkt werden soll“ und die einen „Schwerpunkt auf Grenzkontrollen an den Grenzübergängen an dieser Grenze“ legen soll (Ratsdok. 11782/1/15), und über welche Kenntnis zu Zeiträumen, Einsatzmitteln und Teilnehmenden verfügt sie hinsichtlich der Aufnahme „operative[r] Tätigkeiten an der türkisch-griechischen Grenze“ im Rahmen einer „Gemeinsame[n] Operation ‚Flexible operative Tätigkeiten 2015 – südöstliche Grenze‘“ durch Frontex, wozu die Mitgliedstaaten von der Agentur um „zusätzliche Ressourcen“ ersucht werden?

28. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.)

In wie vielen Fällen von Brandanschlägen und Sachbeschädigungen gegen geplante und/oder bewohnte Flüchtlingsunterkünfte seit Jahresanfang 2015 gab es vorab Hinweise vom Bundesamt für Verfassungsschutz an die Strafverfolgungsbehörden oder die Landesämter für Verfassungsschutz, dass mit Straftaten gegen die jeweils betroffene Unterkunft zu rechnen sei (bitte nach Ort und Datum der jeweiligen Tat auflisten)?

29. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.)
- In wie vielen Fällen von Brandanschlägen und Sachbeschädigungen gegen geplante und/oder bewohnte Flüchtlingsunterkünfte seit Jahresanfang 2015 gab es im Nachgang Hinweise vom Bundesamt für Verfassungsschutz an die Strafverfolgungsbehörden oder die Landesämter für Verfassungsschutz zu mutmaßlichen Tätern (bitte nach Ort und Datum der jeweiligen Tat auflisten)?
30. Abgeordneter  
**Christian Kühn**  
(Tübingen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die angespannte Situation bei der Flüchtlingsunterbringung zu beheben?
31. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung des Deutschen Behindertensportverbandes e. V., dass die Entscheidung des Leichtathletik-Weltverbandes (IAAF), mit einer Regeländerung die Teilnahme von Prothesensportlern bei großen Meisterschaften quasi unmöglich zu machen, „ein herber Rückschlag für die Inklusion im Sport ist“, und was wird die Bundesregierung tun, damit die nun erforderlichen Untersuchungen nicht an deren Finanzierung scheitern (siehe auch Tageszeitung NEUES DEUTSCHLAND „IAAF will keine Prothesensportler“ sowie „Ein klarer Schritt zurück“ vom 1. und 3. September 2015)?
32. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Was hat die Bundesregierung seit Oktober 2014 – auch im Zusammenwirken mit dem Deutschen Olympischen Sportbund e.V. sowie dem Bundesinstitut für Sportwissenschaft – getan, um die Fortführung der Studie zu Doping in Deutschland für den Zeitraum ab 1990 zu befördern, und welche Vereinbarungen, Maßnahmen und Ergebnisse gibt es diesbezüglich (siehe auch Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Dopingbekämpfung in Deutschland – Fortführung der Aufarbeitung und Schlussfolgerungen für die Zukunft“ auf Bundestagsdrucksache 18/3370)?

33. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Ist die in Hamburg unter dem Pseudonym „Maria Block“ als verdeckte Ermittlerin in der linken Szene eingesetzt gewesene Polizistin auch für das Bundeskriminalamt oder die Generalbundesanwaltschaft tätig gewesen bzw. hat Informationen an diese übermittelt und wenn ja, welche Angaben kann die Bundesregierung dazu machen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz**

34. Abgeordnete  
**Ulle Schauws**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was sind die Gründe dafür, dass das Bundeskanzleramt den vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung gestoppt hat (taz. die tageszeitung vom 9. September 2015), zumal die überwiegende Mehrheit der Sachverständigen in der Anhörung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages vom 28. Januar 2015 bestätigte, dass die von Deutschland unterzeichnete Istanbul-Konvention des Europarates, nach der alle nicht einverständlichen sexuellen Handlungen unter Strafe gestellt werden müssen, Änderungen im deutschen Sexualstrafrecht notwendig macht?
35. Abgeordnete  
**Ulle Schauws**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung den Gesetzentwurf in das parlamentarische Verfahren einzubringen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

36. Abgeordnete  
**Hans-Christian  
Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung den bisherigen gemäß § 13 Absatz 2 des Geldwäschegesetzes (GwG) Schutz der Beschäftigten der nach § 2 GwG meldepflichtigen Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten vor Benachteiligung nun gemäß den Vorgaben des Artikel 61 Absatz 2 b), d) und e) der Richtlinie (EU) 2015/849 wirksamer

ausgestalten, und mit welchen Ergebnissen haben jene Geldinstitute sowie die zuständigen Behörden die seit dem Inkrafttreten des GwG aufgrund von in- und externer Meldungen von Verdachtsfällen im Sinne des § 11 GwG eingeleiteten Verfahren abgeschlossen (bitte nach Zahl der Verfahren und Ergebnisse aufschlüsseln)?

37. Abgeordnete  
**Beate Walter-Rosenheimer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie unterstützt die Bundesregierung den Vorschlag, die durch das Auslaufen des Betreuungsgeldes freiwerdenden finanziellen Mittel in den Ausbau von Kindertagesstätten zu investieren, um damit die Kommunen insbesondere mit Blick auf die wachsenden Herausforderungen bei der Betreuung von Flüchtlingskindern zu unterstützen, und wenn nein, warum nicht?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

38. Abgeordnete  
**Beate Walter-Rosenheimer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Warum hält die Bundesregierung die Öffnung ausbildungsbegleitender Hilfen (ABH) der Assistenten Ausbildung (AsA) und des Zugangs zur finanziellen Ausbildungsförderung für Geduldete nach 15 Monaten Voraufenthalt ([www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2015/mehr-unterstuetzung-fuer-fluechtlinge-in-berufsausbildung.html](http://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2015/mehr-unterstuetzung-fuer-fluechtlinge-in-berufsausbildung.html)) vor dem Hintergrund, dass junge Asylsuchende und Geduldete bereits nach drei Monaten eine Berufsausbildung aufnehmen dürfen für angemessen, und warum umfasst diese Öffnung für Geduldete nicht auch Personen mit einer Aufenthaltsgestattung?

39. Abgeordnete  
**Corinna Rüffer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Was unternimmt die Bundesregierung im Sinne des Artikels 9 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, um insbesondere die Barrierefreiheit im Bereich der privaten Rechtsträger zu erhöhen und so behinderten Menschen den gleichberechtigten Zugang zu Orten wie Kinos, Anwaltskanzleien und Eisdielen zu ermöglichen – und Situationen wie sie eine Betroffene in einer Wuppertaler Eisdielen erlebt hat vermieden

werden (siehe Bericht WDR-Lokalzeit Bergisches Land vom 17. September 2015)?

40. Abgeordnete  
**Sabine  
Zimmermann  
(Zwickau)**  
(DIE LINKE.)

Mit welchen zusätzlichen Kosten wäre die Einstellung von 3 000 zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Agenturen und Jobcentern verbunden (vgl. Äußerung vom Vorsitzenden des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit Dr. Frank-J. Weise F.A.Z., Donnerstag, den 17. September 2015, sofern keine genauen Berechnungen möglich sind, bitte Schätzwerte in Euro angeben), und wie viele Stellen wurden in den Agenturen und Jobcentern in den zurückliegenden vier Jahren abgebaut (bitte jeweils für die einzelnen Jahre beantworten und die Gesamtzahl nach Agenturen und Jobcentern aufschlüsseln)?

41. Abgeordnete  
**Sabine  
Zimmermann  
(Zwickau)**  
(DIE LINKE.)

In welchem Ausmaß nahmen in den Jahren 2012, 2013 und 2014 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Agenturen, Jobcentern und Berufsinformationszentren an Schulungen zur Verbesserung der interkulturellen Kompetenz teil, und in welchem Ausmaß nahmen in den zurückliegenden vier Jahren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Agenturen, Jobcentern und Berufsinformationszentren an Schulungen oder sonstigen Informationsangeboten durch die Bundeswehr teil (bitte mit konkreten Zahlen antworten)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft**

42. Abgeordneter  
**Friedrich  
Ostendorff**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Inwieweit unterstützt der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt, das vom Bundesverband der Milchviehhalter (BDM) vorgeschlagene Konzept der Mengenregulierung im Krisenfall als Maßnahme zur Lösung der Milchmarktkrise, und wird er sich seinem bayerischen Amtskollegen Helmut Brunner anschließen und diesen Vorschlag prüfen?

43. Abgeordneter  
**Friedrich Ostendorff**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie beabsichtigt der Bundeslandwirtschaftsminister das Mengenproblem auf dem Milchmarkt in den Griff zu bekommen, das zu anhaltend niedrigen Preisen führt?
44. Abgeordneter  
**Harald Ebner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher Weise unterscheidet sich die aktuelle Einschätzung des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) zur Glyphosat-Monographie der Internationalen Krebsforschungsagentur der WHO (IARC; das sogenannte Addendum) von der vorläufigen Einschätzung auf Grundlage der Veröffentlichung der IARC in der Fachzeitschrift „The Lancet“ vom März 2015, und welche Schlussfolgerungen bzw. Empfehlungen leitet das BfR aus der aktuellen Einschätzung im Hinblick auf die Gefährlichkeit von und den Umgang mit Glyphosat ab?
45. Abgeordneter  
**Harald Ebner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Mit welcher Position hat sich die Bundesregierung in die Diskussion um das EU-Guidance document zu „negligible exposure“ (vernachlässigbarer Exposition) im Rahmen des Standing Committee on Plants, Animals, Food and Feed (SC PAFF) auf EU-Ebene eingebracht, und welche Auswirkungen könnte eine Definition von negligible exposure nach Meinung der Bundesregierung auf die Wiedertzulassung von Glyphosat haben?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

46. Abgeordnete  
**Dr. Franziska Brantner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Länder und Kommunen bei der Integration von Flüchtlingskindern in Kitas zu unterstützen, und inwieweit wird das Programm „Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt Kitas Sprache & Integration“ finanziell ausgeweitet?